

# Reaktion des Landes Niedersachsen auf den Bericht der Bundesregierung

Entwurf

D N K M  
II/2/1-110/69

24. Juli 1969

gfl.  
abte

1. An den  
Herrn Bundesminister für wissenschaftliche Forschung  
53 B o n n

Betr.: Regionales Rechenzentrum für Niedersachsen

Bezug: Ihr Bericht an den Präsidenten des Deutschen Bundestages  
vom 30. 5. 1969 - II A/II B 2-3612-8-34/69

Ihrem Bericht vom 30. 5. 1969 an den Herrn Präsidenten des Deutschen Bundestages über den Stand der Vorbereitungsarbeiten für den Aufbau regionaler Großrechenzentren habe ich mit Befriedigung entnommen, daß auch nach der Auffassung der Bundesregierung zu den Plätzen, die während der 1. Ausbaustufe ein regionales Großrechenzentrum erhalten sollen, der Raum Hannover-Braunschweig-Göttingen gehört.

Ich möchte die Notwendigkeit, für Niedersachsen ein solches Rechenzentrum zu schaffen, namens der Landesregierung nachdrücklich betonen und bitten, die dahingehenden Bestrebungen mit Vorrang zu behandeln.

Der Raum Hannover-Braunschweig-Göttingen stellt mit seinen 6 wissenschaftlichen Hochschulen, dem Sitz der Max-Planck-Gesellschaft mit zahlreichen Max-Planck-Instituten und den verschiedensten anderen wissenschaftlichen Einrichtungen eine Konzentration im Bereich der Wissenschaft und Forschung dar, die einen großen Bedarf an Rechenkapazität hat. Dieser Bedarf wird unterstrichen durch die Tatsache, daß der niedersächsische Raum bisher nur mangelhaft mit örtlichen Rechanlagen ausgestattet werden konnte, die zum Teil heute bereits

abgängig sind oder in ihrer Kapazität den Anforderungen nicht mehr genügen.

Hinsichtlich der Frage, in welcher der 3 Universitätsstädte Hannover, Braunschweig oder Göttingen das Regionale Rechenzentrum seinen Sitz haben sollte, liegen die Städte und die in ihnen ansässigen Hochschulen in Konkurrenz. Während Göttingen auf die gemeinsamen Interessen einer großen Universität und der Max-Planck-Gesellschaft hinweist, führt Hannover den umfangreichen Rechenbedarf seiner 3 wissenschaftlichen Hochschulen und vieler wissenschaftlicher Einrichtungen der Landeshauptstadt ins Feld, und Braunschweig verweist auf die dortige Technische Universität, die Physikalisch-technische Bundesanstalt, die Deutsche Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt, die Biologische Anstalt und die Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft in Braunschweig-Völkenrode. Da die Frage, welcher dieser 3 Orte der geeignetste ist, nach objektiven Kriterien und unabhängig von örtlichen Interessen entschieden werden muß, habe ich die Deutsche Forschungsgemeinschaft am 29.4.1968 um ein Gutachten zur Standortfrage für ein Niedersächsisches Regionales Rechenzentrum gebeten.

Das Gutachten soll dem Vernehmen nach demnächst vorliegen. Ich werde dann sofort alle Schritte einleiten, eine Entscheidung der Niedersächsischen Landesregierung über den Standort herbeizuführen.

Für die landesseitig bereitzustellenden Mittel ist eine Vorfinanzierung aus Mitteln des Niedersächsischen Vorabs der Stiftung Volkswagenwerk beabsichtigt.

Ich bitte, dem Vorhaben auch Ihrerseits jede Unterstützung zuteil werden zu lassen.

2. Wv. nach Abgang

F. G.